



Berlin, im Oktober 2014

Artikelgesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einem Moment, in dem sich die politische Diskussion in Deutschland über innere und äußere Sicherheit durch täglich neue Meldungen aus den Krisengebieten dieser Welt intensiviert, legt die Bundesregierung den Entwurf über ein Artikelgesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr vor.

In diesem Gesetzesentwurf geht es vorrangig um Verbesserungen zugunsten der Soldatinnen und Soldaten, aber auch um Teilhabe der beiden anderen Statusgruppen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass man in der Bundeswehr künftig verstärkt deren Gemeinsamkeiten betont.

Die Bundeswehr leistet einen erheblichen Beitrag zur äußeren Sicherheit und damit zur Daseinsvorsorge und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland. Die Reform- und Transformationsaktionismen, Sparrunden, und Privatisierungswellen der letzten 24 Jahre haben der Leistungsfähigkeit der Bundeswehr Überdurchschnittliches abverlangt. Mit ständiger Reduzierung des Personalbestandes haben Aufgabenverdichtung und Arbeitsbelastung die Grenze des Vertretbaren überschritten.

Angesichts der hohen Einsatzbereitschaft, die der Dienst in der Bundeswehr verlangt, sind qualifizierte, motivierte und belastbare Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbeschäftigte zur Erledigung der anspruchsvollen Aufgaben sowohl im Grundbetrieb als auch bei weltweiten Einsätzen unabdingbar. Die Wettbewerbsfähigkeit der Bundeswehr als Arbeitgeber, seit

dbb beamtenbund und tarifunion Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

Deutscher Bundeswehrverband Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin

Deutscher Gewerkschaftsbund Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Aussetzung des Grundwehrdienstes unter neuen Voraussetzungen, muss durch die Steigerung der Attraktivität des Dienstes sichergestellt werden. Nur die Gewinnung und langfristige Bindung von geeignetem Personal sichern den Erhalt der Einsatzbereitschaft und gewährleisten die erwartete Auftragserfüllung.

Mit der Agenda „BUNDESWEHR IN FÜHRUNG – Aktiv.Attraktiv.Anders.“ vom 4. Juni 2014 hat die Bundeswehr einen hohen Anspruch an sich selbst formuliert, einer der attraktivsten Arbeitgeber Deutschlands zu werden.

Ob dies mit dem vorliegenden Gesetzentwurf als Ergänzung zu den untergesetzlichen Maßnahmen in der Agenda gelingen kann, bewerten Deutscher Bundeswehrverband, Deutscher Beamtenbund und Deutscher Gewerkschaftsbund in ihren Stellungnahmen.

Der Deutsche Bundeswehrverband, der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind der Auffassung, dass das Bestmögliche für die Menschen in der Bundeswehr getan werden muss, die unser Land sichern und schützen. Dazu gehört neben ihrer angemessenen Bezahlung und Aufstiegschancen die Möglichkeit, Beruf und Freizeit besser miteinander zu verbinden. Auch die soziale Absicherung spielt eine große Rolle, schließlich riskieren viele für Deutschland ihr Leben. Es ist an der Zeit und die richtige Gelegenheit, diesen Menschen Respekt und Anerkennung für ihren Einsatz zum Ausdruck zu bringen. Diese Wertschätzung allen Beschäftigten gegenüber muss sich auch in einer beteiligungsorientierten Gestaltung der Reform unter Einbeziehung der Gewerkschaften und Verbände niederschlagen.

André Wüstner

Bundesvorsitzender

Klaus Dauderstädt

Bundesvorsitzender

Elke Hannack

Stellv. Vorsitzende